

Dobrindt kritisiert Hamburg für schleppende Planung

Von Julia Witte genannt Vedder | Stand: 07.10.2016

Das Geld für weitere Verkehrsprojekte in Hamburg wäre da, doch es mangelt an umsetzungsreifen Vorhaben. So die Kritik von Bundesverkehrsminister Dobrindt. Die Behörde spricht von einem Missverständnis.

Kurz zuvor hatte sich Hamburgs Verkehrssenator Frank Horch (parteilos) noch gefreut. Seine Länderkollegen hatten ihn am Freitagmorgen zum Vorsitzenden der Verkehrsministerkonferenz gewählt. Doch dann wurde bekannt, dass Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) Kritik an der Verkehrspolitik gleich mehrerer Länder geäußert hat.

In der „Stuttgarter Zeitung“ und den „Stuttgarter Nachrichten“ hatte Dobrindt Bundesländer kritisiert, die mit beim Ausbau der Verkehrswege nicht genug umsetzungsreife Vorhaben vorweisen könnten. „Das Nadelöhr sind nicht mehr die Finanzen, sondern die Planungen der Länder“, sagte der CSU-Politiker im Interview. Es könne nur dort gebaut werden, wo baureife Projekte vorlägen.

Das Ministerium wies darauf hin, dass zu den 24 im September freigegebenen Projekten für neue Bundesfernstraßen sechs Bundesländer kein eigenes baureifes Vorhaben hätten beitragen können: Neben Berlin, Brandenburg und Saarland auch Hamburg und Schleswig-Holstein. „Fehlende Projekte bremsen Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung“, sagte Dobrindt den Zeitungen. „Wir können uns aber keinen Investitionsstau leisten, nur weil manche Länder ihre Planungskapazitäten heruntergefahren haben und deshalb hinterherhinken.“

Die Behörde glaubt an ein Missverständnis

In der Hamburger Verkehrsbehörde fühlte man sich daraufhin zu Unrecht an den Pranger gestellt und mit anderen Ländern gleichgesetzt. Es könne sich dabei nur um ein Missverständnis handeln. „An der aktuellen Verkehrssituation auf der A 7 und im Umfeld der neuen Wilhelmsburger Reichstraße sieht man, dass Hamburg die Bundesmittel mit Hochdruck ausgibt“, sagte Staatsrat Andreas Rieckhoff. „Wir bringen das Geld des Bundes mit Erfolg auf die Straße und sehen uns momentan eher als die Musterknaben.“

Es treffe daher nicht zu, dass Dobrindt Hamburg in seine Kritik an einigen Bundesländern einbezogen habe. „Hierzu gibt es auch keinen Anlass“, so Rieckhoff, „da Hamburg bezogen auf vollziehbares Planrecht in der Spitzengruppe aller Länder rangiert. Aktuell sind Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von über 700 Millionen Euro im Bau.“ Das seien im Schwerpunkt die Ausbaumaßnahmen Schnelsen und Stellingen auf der A 7 und die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße.

„Hamburg fordert Jahr für Jahr Bundesmittel ab, die weit über der rechnerischen Länderquote liegen. Weitere Großmaßnahmen sind in intensiver Vorbereitung.“ Das betreffe beispielsweise den Ausbau der A 7 südlich des Elbtunnels und den Deckel Altona. Rieckhoff: „Insgesamt hat Hamburg die Deges als gemeinsame Planungs- und Baugesellschaft von Bund und Ländern mit einem Projektvolumen von über 2,3 Mrd. Euro beauftragt.“

Im Bundesverkehrsministerium selbst ist auf Nachfrage nach den Aussagen Dobrindts nicht von einem Missverständnis die Rede. Welche Projekte genau der Bundesverkehrsminister in Hamburg gerne freigegeben hätte, konnte man indes auch nicht sagen. Gemeint sein könnte die heute als A 26-Ost bezeichnete Hafenuferspange. Diese ist seit Jahrzehnten in Planung, stand bereits im Verkehrswegeplan 2003 und ist in diesem Jahr noch immer noch nicht so weit gewesen, dass beim Bund dafür Mittel abgefordert werden könnten.

Und die Pläne könnten weiter ins Stocken geraten. Ende September hatte der Vorsitzende des Naturschutzbundes Nabu, Alexander Porschke, Hamburg vor einer Klagewelle gewarnt, sollte die jetzt geplante Trasse durch Wilhelmsburg in einem Planfeststellungsbeschluss Bestand haben.

Schleswig-Holstein spielt den Schwarzen Peter zurück

In Schleswig-Holstein, das offenbar tatsächlich von der Kritik des Bundesverkehrsministers getroffen werden sollte, sind die Probleme indes andere. Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) gibt jedoch dem Bund die Schuld daran, dass das nördlichste Bundesland in diesem Jahr kein Projekt realisieren konnte und auch im vergangenen Jahr nur für zwei weniger wichtige Vorhaben Geld abrufen konnte. „Die Länder bekommen zurzeit nach Beendigung des jeweiligen Bauwerks nur drei Prozent der Planungskosten erstattet“, kritisierte Meyer.

In der Realität lägen diese Planungskosten aber zwischen 15 und 20 Prozent. Wenn Dobrindt das Geld vor allem den ärmeren Ländern wie Schleswig-Holstein zur Verfügung stellen würde, „hätten wir auch die finanziellen Mittel, entsprechendes Personal und Sachmittel zu finanzieren – das muss endlich angepackt werden!“